Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhoff 3686—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustell-Gebühren oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Auswärts 15 Pf.] • Nr 57 — FREITAG, 3. FEBRUAR 1933 — MORGEN-AUSGABE

Die übereilte Auflösung

Das Zentrum stellt die Verantwortlichkeit klar

Der politische Chronist dieser aufgeregten Tage hat heute als Hauptereignis einen Briefwechsel zu verzeichnen. Es ist der Briefwechsel zwischen dem neuen Reichskanzler Hitler und dem Führer der Zentrumspartei Kaas. Dieser Briefwechsel scheint, rückwärts gewandt, in die Vergangenheit zu blicken. Aber er läßt den, der die Schattierung und Abstufung der Ausdrucksweise genau betrachtet, einen Einblick in die Zukunftsabsichten tun. Um seiner politischen Bedeutung willen bringen wir ihn im Innern des Blattes zum wörtlichen Abdruck.

Die Fragen des Zentrums, so ergibt sich aus dem Briefwechsel, sollten dem Reichskanzler die Möglichkeit bieten, das Zentrum zur Tolerierung zu veranlassen. Hitlers Wunsch ging, wie wir schon mitteilten, auf eine Selbstvertagung des Reichstags um ein Jahr. Das Zentrum und die Bayrische Volkspartei waren, wie der Briefwechsel wiedergibt, grundsätzlich nicht abgeneigt. Sie wünschten Sicherungen gegen verfassungswidrige, wirtschaftsschädigende, sozialreaktionäre und währungsgefährdende Experimente. Der Reichskanzler behauptet in seinem Brief an Kaas, er habe soviel Fragen nicht erwartet, und eine Diskussion über die aufgeworfenen Fragen würde verbittern, wenn man nicht vorher die Zustimmung des Zentrums zur Tolerierung in der Tasche hätte. Kaas wiederum meint, erst käme die Beantwortung der Fragen, dann könnte man über die Tolerierung entscheiden.

Ein Streit um die Reihenfolge also? Doch wohl mehr. Beide Verhandlungspartner versichern einander, daß sie den Faden nicht abreißen lassen mögen, aber im Augenblick war doch bei der Reichsregierung oder genauer gesprochen beim Reichskanzler der Wunsch, den Faden weiterzuspinnen, schwächer als die Sehnsucht, im Schein der Fackelzüge rasche Wahlsiege zu erfechten.

Diese Beurteilung wird vom bayrischen Ministerpräsidenten geteilt. Er hat in einer Rede, die als der Auftakt zum Wahlkampf gelten darf, die Bereitwilligkeit des Zentrums und der Bayrischen Volkspartei unterstrichen, an der Herstellung einer Regierungsmehrheit im Reichstag mitzuarbeiten. Auf den gleichen Tenor ist ein Telegramm des Vorsitzenden der Bayrischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, an den Reichspräsidenten gestimmt, in dem es heißt:

> **„Durch die Begründung der Auflösungsorder, daß sich die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit als nicht möglich herausgestellt habe, sehe ich mich gezwungen, bezüglich der Bayrischen Volkspartei sachlich zu widersprechen und festzustellen, daß die Bayrische Volkspartei, deren grundsätzlicher Wille zur Mitarbeit am nationalen Wiederaufbau bekannt sein muß, zu Verhandlungen überhaupt nicht herangezogen wurde."**

Held, Schäffer und Kaas werfen dem jetzigen Vizekanzler von Papen vor, daß dieser als Beauftragter des Reichspräsidenten für die Kabinettsbildung das Zentrum und die Bayerische Volkspartei ausgeschaltet hat. Ministerpräsident Held spricht auch unumwunden aus, daß er den Reichspräsidenten von Hindenburg für falsch informiert hält, und Prälat Kaas und Staatsrat Schäffer geben zu erkennen, daß sie diese Meinung teilen.

Wenn der Reichskanzler schreibt, er wolle alle Möglichkeiten vor Gott und seinem Gewissen erschöpfen, um auf dem Boden der Verfassung zu regieren, so spricht er damit zunächst nur eine Selbstverständlichkeit aus, ebenso wie es eine bloße Selbstverständlichkeit ist, die Ministerialdirektor Brecht gestern als Sprecher des Reichsrats bei der Begrüßung des Reichskanzlers Hitler aussprach, daß die Zusammenarbeit des Reichsrats mit der Reichsregierung auf dem Boden der Verfassung erfolgen müsse. Doch die Situation ist so, daß diese Selbstverständlichkeiten nicht leichthin ausgesprochen werden, sondern mit einem tieferen Sinn.

Die Rede Brechts verdient in diesem Zusammenhange besondere Hervorhebung, weil sie Führern, die etwa von ungeduldigen Anhängern gedrängt werden sollten, zeigt, wo der Hemmschuh zu finden ist. Hitlers wahnhafte Behauptung, wir lebten in der schwersten Zeit deutscher Geschichte — eine Behauptung, die um so kühner ist, als sogar die jetzt lebende Generation schwerere Zeiten durchzumachen hatte: Zusammenbruch des Reiches, Einmarsch feindlicher Armeen, separatistische Bestrebungen, Putsch, Revolution und Währungsvernichtung — könnte wohl mit Stillschweigen übergangen werden, wenn man nicht besorgen müßte, diese Behauptung solle der psychologischen Vorbereitung des so viel berufenen „Notstandes" dienen.

> **Wer daran denken sollte, den Boden der Verfassung zu verlassen, möge nicht vergessen, daß noch Faktoren da sind, die über die Einhaltung der Verfassung wachen. Der Reichspräsident als einer der Hüter der Verfassung hat grade für die Bildung des gegenwärtigen Kabinetts die Innehaltung des verfassungsmäßig gezogenen Rahmens zur Bedingung gemacht.**

Ob die gestern angekündigte Aenderung des Wahlgesetzes auf dem Wege der Notverordnung sich in dem Rahmen der Verfassung hält, wird gründlich zu prüfen sein, sobald der Wortlaut der Verordnung vorliegt. Ihr Zweck ist jedenfalls eine Lex anti Gregor Strasser. Sie dient weniger der Ausschaltung von Splitterparteien als der Fernhaltung neuer Absplitterungen von großen Parteien. Nichts wäre der Partei des Reichskanzlers unangenehmer, als im Wahlkampf einer Kampagne Gregor Strassers zu begegnen, wobei übrigens ganz dahingestellt bleiben kann, ob Gregor Strasser, der noch heute Mitglied der Nationalsozialistischen Partei ist, eine solche Kampagne zu führen beabsichtigt. Jedenfalls wird sie ihm durch die ektroxierte Wahlgesetzänderung unmöglich gemacht. Hitler hat gestern in einer Berliner Tagung seiner Parteifunktionäre angekündigt, er werde sich in diesem Wahlkampf vor die Partei stellen und an der Spitze sämtlicher Listen der N. S. D. A. P. kandidieren.

Eine Länderkonferenz geplant

Die Reichsregierung will eine Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder einberufen, in der in erster Linie ein gemeinsames Vorgehen gegen die Kommunisten und für die Bekämpfung politischer Ausschreitungen überhaupt behandelt werden soll.

Radolny verficht Deutschlands Recht

Ein Jahr Abrüstungskonferenz

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENF, 2. FEBRUAR

Heute ist die Abrüstungskonferenz, genau ein Jahr nach ihrem Beginn, das Präsident Henderson als Jahr der Enttäuschungen für die Freunde der Abrüstung bezeichnete, wieder zusammengetreten. Botschafter Radolny legte in einer großen Rede den deutschen Standpunkt zu dem französischen „Plan constructif" dar. Er sagte:

> **Die deutsche Regierung stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ihr ein vertragliches Recht auf allgemeine Abrüstung zusteht und daß die Erfüllung dieses Anspruchs nicht mehr länger aufgeschoben werden darf.** Nur der Abschluß einer Abrüstungskonvention, die für alle Konferenzteilnehmer und damit auch für Deutschland den Erfordernissen des Artikels 8 des Völkerbundspaktes Rechnung trägt, könne diesen Anspruch erfüllen. Diesen unveränderten deutschen Standpunkt habe auch der deutsche Reichskanzler erst gestern abend wieder bestätigt.

Die französischen Vorschläge gliederte Radolny in militärisch-technische und juristisch-politische. „Zum ersten Teil möchte ich feststellen, daß der französische Plan die Zusammensetzung der Heere aus Soldaten mit langer und kurzer Dienstzeit als dem Gedanken der Abrüstung und zumindestens den Verhältnissen des europäischen Festlandes am meisten entsprechend ansieht. Damit wird für das Wehrsystem ein gewisser allgemeiner und selbstverständlich für alle Staaten in gleicher Weise gültiger Grundsatz aufgestellt, der eine Anpassung an die Bedürfnisse sowie die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse jeden Landes gestattet. Er müßte sich nach deutscher Auffassung auch auf die überseeischen Streitkräfte erstrecken."

Für eine tatsächlich qualitative Abrüstung und Beschränkung des Materials finde sich leider in dem französischen Plan kein positiver Vorschlag, wie er notwendig wäre, wenn der im Hoover-Plan aufgestellte und von der Konferenz schon angenommene Grundsatz praktisch durchgeführt werden solle, nämlich die Angriffskraft der Staaten zu schwächen und ihre Verteidigungsmöglichkeit zu stärken. Von einer Fortsetzung der bisherigen monatelangen Beratungen der Sonderkomitees in dieser Frage verspreche er sich kein Ergebnis. **Er halte es vielmehr für eine unerläßliche und besonders dringliche Aufgabe der Konferenz, „ohne neue technische Untersuchungen einfach durch Abstimmung über die vorliegenden oder noch einzubringenden Anträge zur qualitativen Abrüstung klar festzustellen, wie weit die Konferenz in der Verminderung der Angriffswaffen gehen will."** Nach dem französischen Plan soll aber das Angriffsmaterial nicht wirklich abgeschafft, sondern teils zur Ausrüstung der nationalen Kontingente einer Völkerbundarmee verwendet werden, teils in dem Lande des bisherigen Besitzers zur Verfügung des Völkerbunds gehalten werden.

Hier stellte Botschafter Radolny den grundlegenden Gegensatz des deutschen Standpunktes zu dem französischen Plan fest, indem er erklärte:

> **„Die deutsche Delegation ist der Auffassung, daß eine solche Maßnahme die qualitative Abrüstung illusorisch machen würde. Nach ihrer Ansicht muß das gesamte Material, das in Zukunft nicht mehr erlaubt sein soll, innerhalb einer festgesetzten Zeit vernichtet und seine Herstellung völlig unterbunden werden. Das ist das einzige Mittel, um in kürzester Zeit zu der wirklichen Abrüstung zu gelangen, auf die die Welt wartet, und von der die mit der allgemeinen Abrüstung erstrebten politischen und wirtschaftlichen Wirkungen am besten erzielt werden könnten."**

Außer den Vorschlägen zur Verminderung der Seerüstung fehlten in dem französischen Plan auch über die quantitative Abrüstung bestimmte positive Vorschläge. „Es ist daher notwendig, wie der deutsche Delegierte mit besonderem Nachdruck betonte, die Ausführung des Hoover-Plans alsbald zu verwirklichen. Das Maß der Abrüstung hat, wie von der Hauptkommission am 20. April vorigen Jahres anerkannt worden ist, den Grundsätzen des Artikels 8 des Paktes zu entsprechen. Nach diesen Grundsätzen ist der künftige Rüstungsstand für jeden Staat, und somit auch für Deutschland, nach der Notwendigkeit seiner natio-

Der Feldzug der Verbote

Der Regierungsfeldzug gegen die Kommunisten ist auf der ganzen Linie aufgenommen. Die nationalsozialistischen Regierungen der Freistaaten Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin haben für beide Länder ein generelles Demonstrationsverbot gegen K.P.D. erlassen. Das kommunistische Organ von Königsberg „Echo des Ostens" ist auf vierzehn Tage verboten. Gegen die Sozialdemokratie wird mit Einzelverboten vorgegangen. An Stelle der verbotenen Sonntagsdemonstration der Eisernen Front soll am Dienstag eine große Kundgebung im Lustgarten stattfinden.

Der Aufmarsch der Parteien im Wahlkampf ist noch nicht abgeschlossen. Es scheint, als wollten die Deutschnationalen eine Einheitsliste mit den Nationalsozialisten durchsetzen, doch ist das von den Hitler-Leuten abgelehnt worden. Als Rest bleibt eine „Wahlkameradschaft" der Harzburger, über die noch Verhandlungen gepflogen werden. Ebenso sind die Bemühungen um eine Einheitsliste der Mitte noch im Gange. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei, der gestern tagte, hat einen Wahlaufruf beschlossen. Die Zentrumspartei hat ihren Vorstand und den Parteiausschuß auf Sonntag, den 5. Februar, nach Berlin einberufen.

*

Das Reichskabinett hat gestern nachmittag eine zweistündige Sitzung abgehalten, die einer allgemeinen Aussprache galt. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die Besprechungen sollen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Der Siedlungsausschuß des Reichskabinetts, dem Gereke und Hugenberg angehören, beriet über den Vollstreckungsschuß.